



Umgang mit dem Regime

## Deutschlands Iran-Dilemma

Stand: 22.09.2023 11:52 Uhr

**Ein Jahr nach den Protesten im Iran setze Deutschland vor allem auf Sicherheitspolitik statt auf Menschenrechte, kritisieren Experten. Das könnte am Atomdeal liegen, den die Europäer wiederbeleben möchten.**

"So sehr es das Herz bricht: Wir werden die Verhältnisse in Iran von außen nicht ändern können", schreibt Außenministerin Annalena Baerbock zum Jahrestag des Todes von Jina Mahsa Amini. Die Mullahs und Revolutionswächter sind im Iran weiter an der Macht - ein Jahr, nachdem es landesweite Massenproteste gegen die politische und religiöse Führung gab, nachdem Zehntausende verhaftet und mehr als 500 Protestierende getötet wurden.

Vor einem Jahr versprach die Außenministerin, dass es kein "Weiter so" mit dem Iran geben könne. Sie lobte den Mut der Demonstrierenden im Iran und fand deutliche Worte gegen die, die die Proteste niederschlugen. Doch immer wieder gibt es Kritik aus der Protestbewegung: Baerbock wende sich nicht entschieden genug gegen das iranische Regime. Das weist sie zurück.

Gemeinsam mit europäischen Partnern hat Baerbock Sanktionen auf den Weg gebracht, besonders bedrohten Iranerinnen und Iraner humanitäre Visa ausgestellt. Auf ihre Initiative hat der UN-Menschenrechtsrat eine Untersuchungskommission beschlossen. Unabhängige Expertinnen und Experten sollen dabei das brutale Vorgehen gegen die Proteste im Iran untersuchen, um Verantwortliche eines Tages zur Rechenschaft ziehen zu können, wie die Außenministerin sagt.

### Sicherheitspolitik vor Menschenrechten?

Für Ali Fathollah-Nejad, Direktor des Berliner Thinktanks Center for Middle East and Global Order, gibt es darüber hinaus allerdings kaum Unterstützung der Bundesregierung für die Protestbewegung. "Man geht davon aus, dass es nur eine saisonale Revolte war", sagt der Forscher, der sich [mit der Iran-Politik der EU beschäftigt](#).

Fathollah-Nejad blickt auf die Protestbewegung im Iran hingegen als Teil eines langfristigen revolutionären Prozesses, der seinen vorläufigen Höhepunkt im vergangenen Jahr hatte, an dessen Ende auf lange Sicht

womöglich ein Regimewechsel stehen könnte. "Die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft ist mittlerweile irreversibel geworden", sagt er.

## Mehrheit der Iraner lehnt Regime ab

81 Prozent der Menschen im Iran lehnen laut einer [Studie der niederländischen Non-Profit-Organisation GAMAAN Research Foundation](#) vom Dezember 2022 das Regime ab. Doch in der Iran-Politik der Bundesregierung kann er keinen Wandel erkennen. "Kurzfristige Interessen werden einer längerfristig nachhaltigen Sicherheitspolitik vorgezogen", sagt Fathollah-Nejad. "Es gibt eine westliche Obsession mit dem Atomdeal, der einen notwendigen Paradigmenwechsel in der Iran-Politik verhindert."

Das Problem der deutschen Außenpolitik sei, dass man autoritäre Staaten als Garanten für Stabilität ansehe, dabei seien Menschenrechte und Werte auch stabilitätsrelevant. "Man verleiht autoritären Herrschern durch bedingungslose Verhandlungen weiter Macht und Legitimität", so Fathollah-Nejad.

Am Beispiel Russlands habe man aber gesehen, dass autoritäre Staaten mit imperialem Anspruch kaum Stabilität herstellen.

## Deutschland setzt auf diplomatische Lösung

2015 hatte sich der Iran in einem Atomabkommen verpflichtet, die Uran-Anreicherung einzuschränken. Dafür hob der Westen Sanktionen auf. Doch als die USA unter Ex-Präsident Donald Trump 2018 das Abkommen einseitig aufkündigten, sah sich auch der Iran nicht mehr an den Deal gebunden und baute sein Nuklearprogramm aus.

Experts warn that the country is on the verge of nuclear weapons capability. The federal government wants to prevent this together with the EU, France, Great Britain and the USA - and is relying on a diplomatic solution.

The opposition criticizes the federal government for having a "tunnel vision" view of the nuclear agreement. "Iran policy is a nuclear agreement and nothing else," said CDU politician Norbert Röttgen in the Bundestag. "You almost get the impression that this feminist revolution is a little disturbing to those who are making their nuclear policy towards Iran."

Röttgen further criticizes the fact that the federal government's foreign policy has nothing to do with feminist foreign policy.

## Feminist foreign policy only in theory?

The governing parties had anchored a feminist orientation in foreign policy in the coalition agreement and presented the guidelines for this in the spring. At the Feminist Foreign Policy Summit 2022, Baerbock said: "If we want to respond effectively to these crises, we need a holistic security approach. And we must put human security at the center."

Azadeh Zamirirad from the Science and Politics Foundation is demanding exactly this from the German government: "A change of perspective would be necessary that puts Iranian society at the center and no longer the Iranian state." [In a publication](#), she emphasizes that Iran policy offers opportunities to put feminist approaches in politics into practice: A start, for example, would be to massively strengthen civil society.

[Zur Startseite](#)

